

Kolumne Nr. 51/2025

Mindestlohn von 15€ im Jahr 2026 ist Gift für Arbeitsmarkt

Ntv vom 11.3.2025

Die Sondierungsgespräche der potenziellen Koalitionspartner CDU/CSU und SPD haben einen für den Arbeitsmarkt gefährlichen Kompromiss ergeben. So könnte der Mindestlohn bereits zu Beginn des nächsten Jahres um 17 Prozent steigen – von 12,82€ auf 15€. Das wäre Gift für deutschen Arbeitsmarkt, der sich mit über drei Millionen Arbeitslosen, über einer Million Langzeitarbeitslosen bei zurückgehender Zahl an offenen Stellen eingetrübt hat – eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen mit geringer Qualifikation wäre die Folge. Der Hintergrund: Viele Betriebe in typischen Niedriglohnbranchen wie zum Beispiel im Einzelhandel, der Gastronomie, dem Reinigungsgewerbe oder der Logistik können die Kostenerhöhungen nicht einfach durch höhere Preise auf ihre Kunden überwälzen. Da die Gewinnmargen in diesen Branchen sehr gering sind, können nur Kosten durch Entlassungen eingespart werden – mit der Folge, dass weniger Produkte und Dienstleistungen angeboten werden. Auch besteht ein größerer Anreiz vermehrt Maschinen einzusetzen, um die teurer gewordenen Arbeitskräfte zu ersetzen.

Bisher war der gesetzliche Mindestlohn weitgehend unschädlich für den Arbeitsmarkt. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns vor zehn Jahren war perfektes Timing, weil die Wirtschaft brummte, und ein Musterbeispiel für eine gelungene Umsetzung, weil Übergangsfristen sowie Ausnahmen (z.B. für Lehrlinge und Langzeitarbeitslose) vereinbart wurden. Aus dieser Erfolgsgeschichte könnte ein Fiasko werden, wenn der Mindestlohn zu schnell (bereits 2026) zu stark erhöht wird (plus 17 %). Auch darf die Politik der Mindestlohnkommission, die im Juni 2025 tagen wird, keine Vorgaben machen. Die von Vertretern der Tarifparteien besetzte Kommission berücksichtigt bei ihrem Vorschlag zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns an die neue Bundesregierung vergangene Lohnerhöhungen und die Inflationsentwicklung. Eine Erhöhung im einstelligen Prozentbereich auf z.B. 13,50 € erscheint für 2026 vertretbar, jedoch keinesfalls eine zweistellige Erhöhung. Nach einer IAB-Untersuchung vom letzten Jahr würden 20 % aller Betriebe Beschäftigung abbauen, wenn ein Mindestlohn von 14€ vereinbart würde.

[\(https://iab.de/presseinfo/bei-14-euro-mindestlohn-erwartet-ein-fuenftel-der-betriebe-einen-beschaefigungsrueckgang/\)](https://iab.de/presseinfo/bei-14-euro-mindestlohn-erwartet-ein-fuenftel-der-betriebe-einen-beschaefigungsrueckgang/).

Prof. Dr. habil. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der gemeinnützigen FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.